Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jugendliche in der Pandemie: “Irgendwann knallt es”
2. „Die Inzidenz war für die Politik eben sehr bequem“
3. Passierschein bitte! Macron macht mit Schikanen für Ungeimpfte allgegenwärtige Überwachung und Kontrolle zur Norm
4. Tarifvertragliche Ausbildungsvergütungen: Zwischen 325 und 1.580 Euro im Monat – Pflegekräfte in öffentlichen Einrichtungen an der Spitze – Erhebliche Unterschiede je nach Branche und Region
5. Laschets Steuerpolitik: Lügen und lächeln
6. “Gefährlicher Trend”: WHO warnt vor Corona-Kreuzimpfung – Gesundheitsminister Spahn empfiehlt sie
7. Lasst die Milliardäre im Weltraum
8. Nach BGH-Urteil: Volksbanken setzen auf die Bequemlichkeit ihrer Kunden
9. Altersarmut: Weil Rente wohl nicht reicht: Mehr als eine Million Menschen arbeiten weiter
10. Wer schuld ist, wenn Algorithmen falsch entscheiden
11. Verloren in Europa
12. Beihilfe zum Flüchtlingsmord
13. Afghanische Ortskräfte der Deutschen: Am Hindukusch vergessen
14. Kuba: Westmedien nehmen Fotos von einer Pro-Regierungs-Demo, um Proteste zu illustrieren
15. Ex-Briten-Premier: David Cameron beriet Greensill für 40.000 Dollar am Tag

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jugendliche in der Pandemie: “Irgendwann knallt es”**
   Noch immer ungeimpft und eingeschränkt – die Unzufriedenheit junger Menschen in der Pandemie wächst. Viele fühlten sich um die beste Zeit ihres Lebens gebracht, sagt Jugendforscher Schnetzer im Interview mit tagesschau.de. […]
   tagesschau.de: Hat man die jungen Menschen im Kampf gegen die Pandemie vergessen?
   Schnetzer: Ich glaube nicht, dass sie vergessen wurden, aber die Bedürfnisse der jungen Menschen wurden in der Priorität bewusst ganz hinten angestellt, was ja noch viel schlimmer ist. Die Politik dachte, das Thema mit den zunehmenden Impfungen einfach aussitzen zu können. Aber wenn die Inzidenzen wegen der Delta-Variante wieder ansteigen, dann fallen die noch immer nicht geimpften Jugendlichen wieder genau ins selbe Loch der Einsamkeit und Isolation wie zuvor.
   tagesschau.de: In Ihrer Studie “Jugend und Corona in Deutschland” haben ihnen viele junge Menschen gesagt, dass sie sich zunehmend ungerecht behandelt fühlen. Woran liegt das?
   Schnetzer: Die jungen Menschen haben das Gefühl, dass sie der Politik egal sind. Sie haben sich jetzt mehr als eineinhalb Jahre zusammengerissen, waren solidarisch mit den Älteren und den Risikogruppen, aber keiner hat einmal gefragt, was man denn für sie tun könnte. Während für viele Altersgruppen gerade wieder etwas Normalität eintritt, ist es bei den Jugendlichen noch keinen Schritt vorangegangen. Und wenn der Politik und den Behörden weiterhin nichts anderes einfällt, als diesen nach Freiheit lechzenden jungen Menschen den letzten Rückzugsraum in den Parks zu verbieten, dann werden sie die Geduld verlieren und dann knallt es irgendwann.
   Quelle: tagesschau
2. **„Die Inzidenz war für die Politik eben sehr bequem“**
   Neue Maßzahlen: Für Medizinstatistiker Gerd Antes kommt die Abkehr von der Inzidenz als alleinigem Faktor zur Bewertung des Pandemiegeschehens sehr spät […]
   Bleiben wir aber mal bei Zahlen. Das Robert Koch-Institut will von der Inzidenz als wichtigste Kennzahl der Pandemie abrücken und die Lage in den Krankenhäusern in die Bewertung des Pandemiegeschehens einfließen lassen. Ergibt das Sinn?
   Ja, natürlich. Das ist die sogenannte Hospitalisierungsrate. Das predige ich und unsere gesamte Arbeitsgruppe „CoronaStrategie“ seit Monaten. Schon seit Herbst ist bekannt, dass die Inzidenz alleine nicht für Steuerungsmaßnahmen geeignet ist. Und wenn jetzt gerade Spanien nur anhand derer Inzidenz wieder zum Risikogebiet erklärt wird – dafür fehlt mir das Verständnis. Oder: Wenn jetzt jeden Morgen dramatisiert wird, dass die Inzidenz von 4,9 auf 5,8 oder 6,2 gestiegen ist und es dann heißt „die Zahlen steigen wieder“. Das muss man sich einmal umrechnen, wie wenig das ist. Wir haben gegenwärtig kaum Neuinfektionen und dann wird an diesen Zahlen hinter dem

Komma rumhantiert. Diese Überinterpretationen halte ich für völligen Unfug.
Welche Zahlen bräuchten wir jetzt?
Die Inzidenz war noch nie ein alleiniger guter Steuerungsparameter – er war eben für die Politik sehr bequem. Aber jetzt ist es geradezu schädlich, sich alleine daran zu orientieren um Schutzmaßnahmen zu treffen. Inzwischen ist es – durch den deutlichen Impferfolg – tatsächlich schädlich, weil die Risikoverhältnisse völlig verschoben sind und darauf beruhende Gegenmaßnahmen ersthaft falsch sein können. Spätestens jetzt ist es also an der Zeit, die Inzidenz von der Hospitalisierung und der Sterblichkeit zu entkoppeln.
Quelle: Apotheken Umschau

3. **Passierschein bitte! Macron macht mit Schikanen für Ungeimpfte allgegenwärtige Überwachung und Kontrolle zur Norm**
Frankreichs Präsident Macron droht mit einer allgemeinen Impfpflicht und beschließt gezielte Schikanen von nicht Geimpften. Nur vordergründig geht es dabei um das zwangsweise Durchimpfen der Bevölkerung. Vor allem geht es darum, die Infrastruktur zur dauernden Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung auszubauen und die Menschen daran zu gewöhnen, auf Schritt und Tritt Passierscheine vorzuzeigen.
Emannuel Macron kündigte in seiner Fernsehansprache vor dem Nationalfeiertag am 14. Juli eine Impfpflicht für das Gesundheitspersonal an. (Dass Macron damit ein ausdrückliches Versprechen von November 2020 bricht, Covid-Impfung nicht verpflichtend zu machen, ist nach den vielfältigen Erfahrungen mit Pandemie-Politikern in dieser Richtung nur noch eine Randbemerkung wert.) Eine spätere Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung schloss er nicht aus. Vorerst plant er „nur“, mit einer Reihe von Schikanen den Impfdruck auf die französischen Bürger zu erhöhen.
Nicht Geimpfte dürfen ab August nur noch am öffentlichen Leben teilnehmen, wenn sie sich ständig testen lassen. Ab Herbst sollen sie diese Tests auch noch selbst bezahlen. An den Eingängen von Bars, Restaurants oder Einkaufszentren und allen überregionalen Verkehrsmitteln heißt es dann, erst einmal per Gesundheitspass nachzuweisen, dass man geimpft oder negativ getestet ist.
Bis vor 18 Monaten wäre es allen aufgefallen, wie monströs so etwas ist. Aber die Normalisierung der totalen Kontrolle ist schon sehr weit gediehen – wie beabsichtigt. Wir erinnern uns an das Interview-Zitat von Peter Schwartz, einem der Köpfe hinter dem totalitären Gleichschritt-Szenario der Rockefeller-Stiftung:
Quelle: Norbert Häring

4. **“Gefährlicher Trend”: WHO warnt vor Corona-Kreuzimpfung – Gesundheitsminister Spahn empfiehlt sie**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht derzeit keine Empfehlung für Kreuzimpfungen gegen das Coronavirus aus. Bund und Länder unterstützen weiter die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO), nach einer Erstimpfung mit dem Vektor-Vakzin von AstraZeneca bei der Zweitimpfung die mRNA-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer oder Moderna einzusetzen.
Die Chefwissenschaftlerin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Soumya Swaminathan, hat sich auf einer Pressekonferenz am Montag in Genf dagegen ausgesprochen, dass Patienten Corona-Impfstoffe unterschiedlicher Hersteller erhalten. Laut der Nachrichtenagentur Reuters sagte die indische Kindermedizinerin und Forscherin:

> "Es handelt sich hier ein bisschen um einen gefährlichen Trend. Wir befinden uns auf einem daten- und belegfreien Gebiet."

Durch eine sogenannte Kreuzimpfung werde es in den Ländern zu einer chaotischen Situation kommen, wenn die Bürger entschieden, wann und wer eine zweite, dritte und vierte Impfdosis bekommt.
Die Expertengruppe der WHO für Impfstoffe hatte im Juni mitgeteilt, dass der Impfstoff von BioNTech/Pfizer als zweite Dosis nach einer ersten Dosis von AstraZeneca verwendet werden könnte, wenn letzterer nicht verfügbar ist.
Quelle: RT DE

Anmerkung unseres Lesers M.H.: *Wer ist im Recht? – Die WHO oder der Bundesgesundheitsminister. Hoffentlich kann diese Frage zügig in Berlin zur Entlastung der Geimpften bzw. Impfwilligen geklärt werden. Aber was will man von einem Gesundheitsminister eigentlich erwarten, der in der Finanzindustrie sein Handwerk gelernt hat! Was sagt eigentlich die EU-Kommission dazu?!*

5. **Laschets Steuerpolitik: Lügen und lächeln**
CDU-Kanzlerkandidat Laschet kündigt an, dass es keine Steuersenkungen geben werde. Doch die hat die Union längst bekanntgegeben.
Der CDU-Vorsitzende Armin Laschet lügt, sobald er ein Fernsehinterview gibt. Dieses Phänomen war bereits zu beobachten, als das Parteiprogramm der Union vorgestellt wurde. Da erzählte der Kanzlerkandidat im „heute journal", wie immer lächelnd, dass von einer „schwarzen Null" nicht die Rede sei. Als ob der Text nicht ausdrücklich fordern würde, dass Deutschland zu ausgeglichenen Haushalten zurückkehren müsse. Nun hat Laschet das ARD-Sommerinterview absolviert und behauptet, dass im

Unionsprogramm „keine einzige Steuerentlastung“ drinstehen würde. Auch das ist Unsinn: In dem Text ist genau nachzulesen, wie die Union die Reichen beschenken will. Diese Präzision ist schon deswegen bemerkenswert, weil das Unionsprogramm ansonsten 140 Seiten lang vage schwafelt, um bloß keine WählerInnen zu verschrecken.
Quelle: Ulrike Herrmann in der taz

6. **Lasst die Milliardäre im Weltraum**
Milliardäre wie Richard Branson, Jeff Bezos und Elon Musk liefern sich einen Wettlauf ins All. Mit diesem kindischen PR-Spektakel lenken sie von den Katastrophen ab, die der Kapitalismus auf der Erde verursacht.
Am 7. Juni kündigte Jeff Bezos an, er würde am 20. Juli in den Weltraum fliegen – nur 15 Tage nach seinem Ausscheiden als CEO von Amazon. Dargestellt wurde dieses Unterfangen als kühner nächster Schritt im milliardenschweren und seit Jahren an Fahrt aufnehmenden Wettlauf ins All. Doch es dauerte nicht lange, bis sich der wahre Charakter dieses Wettstreits offenbarte: Kurz nachdem sich Bezos auf einen Termin festgelegt hatte, beschloss der Chef von Virgin Galactic, Richard Branson – ein Mann, der für seine Marketing-Stunts bekannt ist –, dass er versuchen würde, den reichsten Mann der Welt im Orbit zu schlagen. Also setzte er seinen eigenen Weltraumflug für den 11. Juli an.
Während diese Milliardäre zu den Sternen blicken und die Medien sie mit den gewünschten Schlagzeilen überhäufen, verdichten sich die Hinweise darauf, dass sich das Klima unseres Planeten rasch in einer Weise verändert, die lebensfeindlich ist – sowohl für uns Menschen als auch für andere Spezies. […]
Auf der einen Seite liefern sich Milliardäre einen Schwanzvergleich, wer als erster die Erdatmosphäre hinter sich lassen kann. Und auf der anderen Seite haben Milliarden von uns, die wir nie eine solche Reise unternehmen werden, zunehmend mit den Folgen davon zu kämpfen, wie sich der Kapitalismus auf das Klima auswirkt – und mit dem Erbe der jahrzehntelangen Bemühungen seiner mächtigsten Anhänger, sämtliche Maßnahmen zur Eindämmung dieser Krise zu unterdrücken.
In einem Moment, in dem wir alles daran setzen sollten, dass unser Planet bewohnbar bleibt, bieten uns diese Milliardäre ein Spektakel, um uns von ihrem Streben nach immer weiterer kapitalistischer Akkumulation sowie von deren katastrophalen Auswirkungen im Hier und Jetzt abzulenken.
Quelle: Jacobin

dazu auch: Nach Druck der US-Regierung: EU legt Pläne für Mindeststeuer für Konzerne auf Eis
Anfang Juni hatten die G7-Staaten einen Plan zur Einführung einer globalen

Mindeststeuer beschlossen, um multinationalen Konzernen die Steuerflucht zu erschweren. Doch ausgerechnet die Biden-Regierung, die für den Plan geworben hatte, bewirkte das Pausieren der Umsetzung seitens der EU.
Quelle: RT DE

7. **Tarifvertragliche Ausbildungsvergütungen: Zwischen 325 und 1.580 Euro im Monat – Pflegekräfte in öffentlichen Einrichtungen an der Spitze – Erhebliche Unterschiede je nach Branche und Region**
Die in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen weisen seit jeher je nach Branche und Region sehr große Unterschiede auf. Die Spannbreite reicht aktuell von 325 Euro pro Monat, die Auszubildende im thüringischen Friseurhandwerk im ersten Ausbildungsjahr erhalten, bis zu 1.580 Euro im westdeutschen Bauhauptgewerbe, mit denen Auszubildende im vierten Ausbildungsjahr vergütet werden. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Auswertung von 20 ausgewählten Tarifbranchen, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung kurz vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres 2021 vorlegt.
„Die großen Unterschiede haben vor allem etwas mit der unterschiedlichen Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu tun“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Prof. Dr. Thorsten Schulten, „da die Ausbildungsvergütungen in der Regel im Rahmen der allgemeinen Lohnverhandlungen vereinbart werden. Mittlerweile kommt hinzu, dass in vielen Branchen ein zunehmender Fachkräftemangel den Anpassungsdruck in Richtung auf bessere Ausbildungsbedingungen erhöht.“
Quelle: Hans Böckler Stiftung
8. **Nach BGH-Urteil: Volksbanken setzen auf die Bequemlichkeit ihrer Kunden**
Nach einem Urteil des BGH könnten Kunden Geld von ihrer Bank zurückverlangen. Doch wie viele werden das tun?
unden der Volks- und Raiffeisenbanken, die in den vergangenen Jahren zu hohe Gebühren auf ihre Girokonten gezahlt haben, müssen sich selbst darum kümmern, dass sie diese zurückerhalten. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte im April entschieden, dass die Banken nicht wie bislang üblich Gebühren erhöhen könnten und das Stillschweigen ihrer Kunden als Zustimmung werten dürften. Auf diese Weise erhöhte Gebühren aus den vergangenen drei Jahren könnten die Kunden zurückfordern.
Die Volks- und Raiffeisenbanken hätten zwar ihre Kunden darauf hingewiesen, dass die entsprechenden Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam seien und würden nun bilateral nach neuen Lösungen suchen, sagte Gerhard Hofmann, Vorstandsmitglied von deren Bundesverband (BVR) am Dienstag auf einer

Pressekonferenz. Die zu viel entrichteten Gebühren würden aber nicht automatisch erstattet. Kunden, die meinen, sie hätten zu viel bezahlt, müssten das selbst nachweisen und einfordern. In jedem Einzelfall seien dies „keine Riesenbeträge", dafür falle aber „viel Papierkram" an. Entsprechend rechnet Hofmann nicht mit allzu vielen Rückforderungen.
Quelle: FAZ

9. **Altersarmut: Weil Rente wohl nicht reicht: Mehr als eine Million Menschen arbeiten weiter**
   Daten der Behörden zeigen: Mehr als eine Million Rentner:innen arbeiten weiter – wohl aus finanziellen Nöten.
   Die Debatte um eine Anhebung des Rentenniveaus in Deutschland ist keineswegs neu. Sie wird seit Jahrzehnten geführt, vornehmlich vor der Bundestagswahl, wie sie im September stattfindet. Das neueste Projekt der Bundesregierung ist die Grundrente. Dieser Zuschlag soll sicherstellen, dass Senior:innen oberhalb der Armutsgrenze leben können. Wer lange gearbeitet und somit Pflichtbeiträge in die Rentenkasse einbezahlt hat, hat Anspruch auf eine Grundrentenzulage. In einem Experiment wurde bereits untersucht, ob man von der Grundrente in Deutschland leben kann.
   Dass solche Ansätze dringend notwendig sind, zeigen Daten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Aus einer Anfrage von Dietmar Bartsch, Bundestagsabgeordneter der Linken, geht hervor, dass mehr als eine Million Menschen, die älter als 67 Jahre sind, in Deutschland noch einer Arbeit nachgehen. Davon sind circa 600.000 Menschen über 70 Jahre, 220.00 Menschen sogar mindestens 75 Jahre alt. Die Motive dieser Menschen sind nicht eindeutig. Fachleute aus der Arbeitsmarktforschung bescheinigen derzeitigen Rentner:innen einen besseren durchschnittlichen Gesundheitszustand, als jede Generation zuvor. Zudem sei die Motivation auch noch in der Rente einer erfüllenden Tätigkeit nachzugehen, oftmals sehr hoch.
   Quelle: FR Online
10. **Wer schuld ist, wenn Algorithmen falsch entscheiden**
    Gerade in großen Unternehmen kann die automatisierte Datenverarbeitung eine große Arbeitserleichterung bedeuten. Algorithmen werden z. B. immer öfter dazu verwendet, Vorschläge für Entscheidungen zu machen. Sie unterstützen heute schon bei Entscheidungen über Einstellungen, Gehaltserhöhungen oder auch Kreditvergabe. Damit können aber auch neue Arten von Problemen einhergehen.
    Wenn ein Algorithmus Fehler macht, ist oft unklar, wer dafür verantwortlich ist: Ist es die bzw. der Sachbearbeiter:in, die/der die Entscheidungsvorschläge des Algorithmus überprüfen soll, obwohl die Fälle immer mehr werden und die Zeit immer kürzer? Ist es die/der Techniker:in, die/der den Algorithmus entwickelt hat, aber die

Arbeitsabläufe und Entscheidungskriterien nicht ausreichend kennt? Oder ist es die für die Einführung des Algorithmus letztverantwortliche Führungskraft? Werden diese Fragen im Betrieb nicht klar beantwortet, kann es dazu kommen, dass niemand für falsche Entscheidungen Verantwortung übernimmt und die Fehler im System nicht behoben werden. Diese Situation nennen wir „Verantwortungsvakuum“.
Probleme können auch auftreten, wenn Personen für die Entscheidungen des Algorithmus verantwortlich gemacht werden, obwohl sie den Algorithmus nicht genau verstehen: Sei es, weil sie nicht die dafür erforderliche Ausbildung haben, sei es, weil nicht transparent ist, wie der Algorithmus überhaupt funktioniert. Auch die Daten, auf deren Grundlage der Algorithmus arbeitet, müssen überprüfbar und gegebenenfalls korrigierbar sein. (…)
Eine Hilfestellung für die genannten Probleme liefert der Leitfaden „Algorithmen in der Entscheidungsfindung – Leitfaden zu Verantwortlichkeit und Rechenschaft“, entwickelt im Rahmen eines Projekts der FH St. Pölten in Kooperation mit VICESSE, gefördert vom Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der AK Wien. Darin wird die Problemlage im Zuge solcher Automatisierungsprojekte ausführlicher dargestellt, und verschiedene Aufgaben- und Verantwortungsbereiche werden zusammen mit den korrespondierenden Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten beschrieben. Konkret sind dies die grundlegende Entscheidung über Einsatz/Abschaltung, die (organisationale) Implementierung, die (technische) Entwicklung, die Anwendung in der Praxis, die Systemsicherheit, die Datenverwaltung sowie die unabhängige Evaluierung. Die strukturierte Betrachtung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten schafft überhaupt erst die Möglichkeit, Interessenkonflikte und Probleme durch die Verschiebung oder unzureichende Zuweisung von Verantwortung zu erkennen und rechtzeitig – idealerweise im Vorhinein – zu beheben. (…)
Der Einsatz von Algorithmen kann für Arbeitnehmer:innen große Veränderungen in ihrer Arbeitsrealität bedeuten. Diese Veränderungen und die Probleme, die mit ihnen einhergehen, zu verstehen und zu benennen ist ein erster Schritt, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Arbeitnehmer:innen für Fehler von Algorithmen verantwortlich gemacht werden, die sie weder verstehen noch verändern können. Für Arbeitnehmer:innen und ihre Vertretungen ist es daher wichtig, die Einführung von Algorithmen kritisch zu begleiten, ihre Resultate umfassend zu evaluieren und alle damit verbundenen Prozesse mitzugestalten. Der Leitfaden und das Tool V
RA sind eine Hilfestellung für solche Aushandlungsprozesse.
Quelle: A&W blog

11. **Verloren in Europa**
    Demz kam 2015 aus Gambia nach Europa, um seinen Traum zu verwirklichen: eine

Ausbildung bei Daimler. Beinahe hätte er es geschafft. Heute lebt er illegal in Spanien und erntet Orangen.
Orangen. Sie wachsen in den Sonnenregionen Europas, werden geerntet und nach Deutschland transportiert, um haufenweise im Obstregal zu liegen, oft angestrahlt von speziellen Scheinwerfern, die sie noch frischer, noch gesünder aussehen lassen, zwischen all dem Viel-zu-viel einer deutschen Überflussgesellschaft. Unseren Spargel ernten Minderbezahlte, unser Fleisch wird von Ausgebeuteten zerteilt. Und die Orangen? Die hat vielleicht Demz* geerntet.
Ich habe ihn bei einem Schulprojekt von Kontext mit Geflüchteten und MigrantInnen an der Gottlieb-Daimler-Schule in Sindelfingen kennengelernt. Damals war er um die 20, ein ruhiger Typ, klug, immer da, immer pünktlich, einer, der unbedingt lernen wollte, das war das wichtigste.
Einmal saß er auf seinem Platz, das Schreiben über seinen abgelehnten Asylantrag in der Hand. Er sei doch ein gesunder junger Mann, der es schon alleine schaffe, hatte ihm das Bundesamt für Migration mitgeteilt. Demz weinte bitterlich. Er war beschämt und frustriert. Ich solle darüber schreiben, wie sehr einen wie ihn die Angst auffrisst, wie schlimm es ist, nicht schlafen zu können, weil man nicht weiß, ob man in der nächsten Nacht von Polizisten geweckt wird, die einen dahin verfrachten, wo man hergekommen ist. Er will nicht mehr zurück nach Gambia. Der Einsatz, nach Europa zu kommen, wo vermeintlich Milch und Honig fließen, war viel zu hoch.
Dann ist sein Platz in der Klasse leer. “Abgehauen”, sagte ein Klassenkamerad. Ein Jahr hätte er noch gebraucht, um für eine Lehrstelle bereit zu sein, erzählte mir seine Lehrerin. Seine Zeugnisse, eine Sammlung von Einsen und Zweien.
Irgendwann finde ich ihn über Facebook und sende ihm den Projekt-Film, an dem er mitgearbeitet hat. Er lebe jetzt in Spanien, schreibt er mir.
Quelle: Kontext: Wochenzeitung

12. **Beihilfe zum Flüchtlingsmord**
Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) erhebt schwere Vorwürfe gegen die EU wegen ihrer Zuarbeit bei Ergreifung und Internierung von Flüchtlingen in Libyen. Demnach sorgen EU-Stellen und Einrichtungen der Mitgliedstaaten dafür, dass Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer nicht von Seeleuten aus Europa gerettet, sondern von der sogenannten libyschen Küstenwache aufgegriffen werden. Diese beschießt die Boote zuweilen oder bringt sie zum Kentern. Flüchtlinge, die sie ergreift, werden oft in Flüchtlingslager gebracht. In den Flüchtlingslagern wiederum sind sie schwersten Misshandlungen ausgesetzt; auch Morde sind dokumentiert. Tausende von der “Küstenwache” aufgegriffene Flüchtlinge sind spurlos verschwunden. Am heutigen Donnerstag befasst sich der UN-Sicherheitsrat mit Libyen – freilich nicht mit der Lage der Flüchtlinge, sondern mit dem drohenden Scheitern des Plans, in Libyen am 24.

Dezember Parlaments- und Präsidentenwahlen durchzuführen. Dies bedeutete zugleich das Scheitern der zweiten Berliner Libyen-Konferenz am 23. Juni, die der deutsche Außenminister als “Erfolg” seiner Diplomatie gefeiert hat.
Quelle: German Foreign Policy

13. **Afghanische Ortskräfte der Deutschen: Am Hindukusch vergessen**
Afghanische Helfer werden nach dem Bundeswehr-Abzug sich selbst überlassen. Ortskräfte der deutschen Entwicklungshilfe sind schlechter dran.
S. fürchtet um sein Leben. Der Elektriker arbeitete sieben Jahre lang bis 2017 für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Afghanistan. Er installierte etwa Kameras und Alarmsysteme. Nun ist er in Kabul und wechselt immer wieder seinen Aufenthaltsort – aus Angst vor den Taliban. Er sei nur einer von vielen Afghanen, die aufgrund ihrer Arbeit für die GIZ in Lebensgefahr seien, meint er. „Einige von uns haben Drohbriefe erhalten, einige Anrufe oder SMS von den Taliban und anderen extremistischen Gruppierungen. Darin werden wir beschuldigt, mit den Fremden, den Deutschen und den Besatzern Afghanistans zu kollaborieren und für sie zu spionieren“, schreibt S. in einer Mail. „Einige unserer Kollegen wurden sogar mehrfach angegriffen und von bewaffneten, maskierten Männern zusammengeschlagen.“ Auf S. und seine Familie wurden schon geschossen. Trotzdem dürfen sie nicht nach Deutschland kommen.
Wurde direkt nach dem Abzug der deutschen Soldat:innen aus Afghanistan vor allem darüber berichtet, wie wenig sich Deutschland um afghanische Helfer:innen der Bundeswehr kümmert, wird durch S. jetzt klar: Auch die Ortskräfte des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ), in dessen Auftrag die GIZ Projekte in Afghanistan durchführt, werden offenbar im Stich gelassen.
Quelle: taz

14. **Kuba: Westmedien nehmen Fotos von einer Pro-Regierungs-Demo, um Proteste zu illustrieren**
Mehrere westliche Nachrichtenagenturen nutzen ein falsch betiteltes Foto von einer Pro-Regierungs-Kundgebung in Kuba, um dieses als eine Aufnahme von einem Protest der Opposition zu präsentieren. CNN verwendet gar ein Bild von einer Demonstration in Miami.
Die Unruhen in Kuba weiten sich Berichten zufolge weiter aus. Ein Foto, das von der Associated Press-Fotografin Eliana Aponte während einer Demonstration zur Unterstützung der Regierung in der kubanischen Hauptstadt am Sonntag aufgenommen wurde, macht nun in der westlichen Konzernpresse die Runde. Mehrere Medien, darunter Guardian, Fox News, die Financial Times, die New York Times, die Washington Times und Voice of America präsentieren das Bild fälschlicherweise als “Anti-Regierungs-Protest”. Das von der US-Regierung finanzierte Medienportal Voice

of America beging den Fehler sogar bei zwei verschiedenen Gelegenheiten.
Quelle: RT DE

15. **Ex-Briten-Premier: David Cameron beriet Greensill für 40.000 Dollar am Tag**
Sein Mitwirken im Pleiteskandal der Finanzfirma Greensill Capital hat David Cameron bereits einen ordentlichen Imageschaden zugefügt. Jetzt wird bekannt, welch fürstliches Honorar Großbritanniens Ex-Premier dabei kassierte.
Erst kommt die Politkarriere, dann das große Geldverdienen, mit Vortrags- oder Buchhonoraren, Beraterverträgen, Jobs in der Wirtschaft und ähnlichem – diese Abfolge haben bereits viele (ehemalige) Spitzenpolitiker vorexerziert. Der frühere britische Premierminister David Cameron (54) macht da keine Ausnahme – im Gegenteil: Einem Bericht der "Financial Times" zufolge hatte Cameron einen überaus lukrativen Beratervertrag mit der britisch-australischen Finanzfirma Greensill Capital, die inzwischen zusammengebrochen ist.
Quelle: manager magazin